

Neues Deutschland

18.02.2011 / Inland / Seite 4

1,2 Millionen für Friedrich Merz?

Linkspolitiker Rüdiger Sagel über die Profiteure der WestLB-Krise



Rüdiger Sagel (geb. 1955) ist finanzpolitischer Sprecher der Linksfraction im nordrhein-westfälischen Landtag.

Foto: ND/Burkhard Lange

Es gibt drei Szenarien für die Zukunft der WestLB. Bei keiner bleibt Nordrhein-Westfalen Miteigentümer der Landesbank – es muss aber milliardenstark für Risiken haften. Warum eigentlich?

Das Land ist noch mit 38 Prozent an der WestLB beteiligt und deswegen Haftungsverpflichtungen eingegangen. Nun muss es ganz wesentlich gerade stehen für die gravierenden Verfehlungen insbesondere der schwarz-gelben Landesregierung der Jahre 2005 bis 2010. Schwarz-Gelb hat kein Controlling durchgeführt und all die hochspekulativen Finanzgeschäfte zugelassen, die zu den Milliardenverlusten führten. Die WestLB agierte wie eine privatwirtschaftliche Bank. Die Banker haben spekuliert, sich verzockt und Millionenboni in die eigene Tasche gesteckt. Sage und schreibe fünf Vorstandsvorsitzende wurden binnen acht Jahren mit Millionenabfindungen nach Hause geschickt. Die LINKE will die Banker in Haftung nehmen.

Friedrich Merz wurde im Juni 2010 geholt, um die WestLB in Privateigentum zu überführen. Sie sprechen von »Kungelei« bei der Postenvergabe. Auf welcher Grundlage?

Friedrich Merz war Vorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion, bevor er aus Wut über Angela Merkel alle Ämter niederlegte. Jeder andere Wirtschaftsanwalt hätte diesen Job bekommen können. Die alte schwarz-gelbe Landesregierung berief aber ausgerechnet Merz zum Abwickler.

Zum »Veräußerungsbeauftragten« bestellt wurde Merz doch vom Bankenrettungsfonds SoFFin.

Es gibt aber natürlich enge Kontakte. Und die Landesregierung war an der Berufung ganz wesentlich beteiligt.

Aus Sicht der Auftraggeber: Ist Merz die 1,2 Millionen wert, die er in Rechnung stellt?

Nein. Merz hat keine der Aufgaben, die ihm angedient wurden, erfüllt. Er hat keine abschließenden Vorschläge für die WestLB unterbreitet. Ich bin mir sicher: Wenn die WestLB sozusagen auf dem freien Markt angeboten worden wäre, hätte man genau so viele Kauf-Interessenten gefunden. Und es wären auch nicht weniger abgesprungen aufgrund der Risiken.

Und aus Ihrer Sicht: Sind die 1,2 Millionen für Merz angemessen?

Wohl kaum. Für mich ist überhaupt nicht erkennbar, was Friedrich Merz überhaupt getan hat. Und die Privatisierung der WestLB – sein Auftrag! – ist natürlich ein Irrweg.

Merz ist Partner der Anwaltskanzlei Mayer Brown, die mindestens eine Beteiligungsgesellschaft bei der Übernahme von Unternehmen berät. Entsteht da nicht ein Geschmäcke?

Das macht einmal mehr deutlich, in welche Richtung dort gedacht wurde: die WestLB an eben solche Unternehmen zu veräußern, die man als »Heuschrecken« bezeichnen kann.

Kommt der WestLB-Untersuchungsausschuss, den die LINKE seit anderthalb Jahren fordert? Grüne und selbst CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann spielten zuletzt ebenfalls mit diesem Gedanken.

Nein. Zwar gab es den Vorstoß der Grünen, doch sie haben kalte Füße bekommen. Die SPD, die jahrzehntelang mit der Bank verstrickt ist, hat offensichtlich Druck gemacht. Als die CDU auf das Angebot der Grünen einging, einen Untersuchungsausschuss einzurichten, machte sie eines deutlich: Untersucht werden soll das Geschäftsgebaren der WestLB in den vergangenen zehn Jahren. Dann wären auch die Machenschaften der SPD unter die Lupe genommen worden. Fragen: Marcus Meier

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/191202.1-2-millionen-fuer-friedrich-merz.html>